

Hauptstädtischer Munizipalrat.

— Ordentliche Generalversammlung. —

Budapest, 14. Februar.

In der heutigen Generalversammlung erstattete Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, wie vorauszusehen war, Bericht über die behördlichen Maßregeln zur Bekämpfung der Kohlenmisere. Er wälzte die Verantwortung für die Kohlennot von der Leitung der Kommune ab, indem er in erschöpfender Weise die unaufhörlichen Bemühungen des Magistrats und aller anderen berufenen Faktoren, die Kohlenfrage in befriedigender Weise zu lösen, schilderte. Er sprach auch über die Lage der Gaswerke und berichtete, welche Zusicherungen von Seiten der Regierung und des Kriegsministers zur Behebung der Schwierigkeiten des Kohlentransports der Hauptstadt geworden und gab zum Schlusse seiner Uebersetzung Ausdruck, daß es dank den in Aussicht gestellten energischen Maßnahmen gelingen werde, die Frage der Kohlenversorgung der Hauptstadt binnen kürzester Zeit den allgemeinen Erwartungen entsprechend zu lösen.

An den Bericht knüpfte sich eine kurze, doch lebhaftere Debatte, die Dr. Alexander Petö mit heftigen Angriffen gegen die österreichische Regierung eröffnete. Zur Unterstützung seiner Ausführungen wiederholte er alle jene Argumente, die er bereits in der jüngsten Sitzung der Finanzkommission ins Treffen geführt hatte.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde schließlich angenommen, und jeder erwartet nunmehr, daß die vom Bürgermeister angekündigte Besserung der Lage baldigst eintreten werde.

Die Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Vor der Tagesordnung.

Vor der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, stellvertretender Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy, mit überaus warmen Worten des Ablebens des Stadtpräsidenten Johann Filo, und beantragte, das Andenken des Verbliebenen im Protokoll zu verewigen. (Zustimmung.)

Sobald meldete der Präsident, Dr. Julius Baránski, sei in die neue Wählerrunde nicht aufgenommen worden, infolgedessen er seines Stadtpräsidentenmandats verlustig wurde; er teilte ferner mit, Staatssekretär Dr. Wilhelm Vers habe seine Stadtpräsidentenstelle wegen zu großer Inanspruchnahme durch Amtsgeschäfte niedergelegt.

Die Generalversammlung nahm die Abdankung Vers' mit Bedauern zur Kenntnis und berief das Ersatzmitglied Oskar Kallina an seiner Statt ein.

An Stelle Filo wurde Dr. Emerich Simonyi, an Stelle Dr. Baránski Dr. Karl Schmidlechner einberufen.

Der Ministerpräsident hat die Hauptstadt verständigt, der König habe für die Neujahrswünsche des hauptstädtischen Munizipiums seinen herzlichsten Dank ausgesprochen. Diese Mitteilung des Vorsitzenden wurde mit lebhaften Eisenrufen aufgenommen.

Stadtpräsident Alfred Bellisch hat aus Anlaß der 25. Jahreswende seiner Wahl zum Stadtpräsidenten 50.000 Kronen gestiftet, mit der Bestimmung, daß die Zinsen der Stiftung 18 Jahre hindurch zur Erziehung der Waisen gefallener Budapester Krieger, nach diesem Zeitraum aber zur Bekleidung armer Schulkinder verwendet werden. Der Pester Lloyd hat aus seiner Spendensammlung 2500 Kronen zur Beschaffung von Heizmaterial für die Armen der Hauptstadt, der Landesverein der Schweinhändler 2450 Kronen zur Versorgung armer Bürger mit Lebensmitteln, Herr S. L. Urban zum Andenken an seinen im Kriege gefallenen Schwiegerohn Kornel Hovesi 500 Kronen für die Armen gespendet. Den Spendern wurde Dank votiert.

Bericht des Bürgermeisters über die Kohlenfrage.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit erstattete nun Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy einen ausführlichen Bericht über die Schritte, die die hauptstädtische Behörde zur Behebung des Kohlenmangels bisher unternommen hat, sowie über die Resultate der Bemühungen der Hauptstadt. Zunächst beschäftigte sich der Bürgermeister mit den Ursachen des Kohlenmangels. Infolge der Unzulänglichkeit der ungarischen Kohlenproduktion benützt das Publikum zumeist preussische Kohle. Der Bedarf beträgt in normaler Zeit circa 50.000 Waggons jährlich, von welcher Menge in den Kriegsjahren circa vier Fünftel zugeführt wurden. Im vorigen Jahre geriet jedoch die Zufuhr infolge Waggonmangels ins Stocken. Trotzdem die Hauptstadt alles tat, um die Kohlenzufuhr zu sichern, haben sich die Zustände nicht gebessert. Zuletzt haben

die Vertreter der Hauptstadt in der am 9. d. M. beim Minister des Innern stattgefundenen Enquete die Behebung der Transportbeschwerden und die Beschleunigung der Zufuhr von preussischer Kohle urgiert.

Die Hauptstadt hat auch versucht, durch Beschaffung von im Privatbesitz befindlichen Waggons auf eigene Kosten preussische Kohle einzuführen, doch auch dieser Versuch ist mißlungen.

Mit allen Mitteln trachtete die Hauptstadt, die Ansprüche des Handels zu befriedigen. Zu diesem Zwecke wurde am 26. Mai 1916 beschlossen, 2000 Waggons Kohle zu beschaffen, doch traf infolge des Waggonmangels und der Linien Sperre nur ein kleiner Teil der Kohle hier ein.

Vergebens hatte sich die Hauptstadt an die Staatsbahnen um Ueberlassung von Vorräten gewendet; sie bekam keine Kohle.

Im vorigen Monat trat die Hauptstadt mit Rücksicht auf den gänzlichen Mangel an preussischer Kohle mit dem Ersuchen an die Regierung heran, daß wenigstens die Zufuhr von ungarischer Kohle gefördert werde. Die Landes-Kohlenkommission versprach, vom 3. d. M. an täglich 40 Waggons ungarische Kohle nach Budapest schaffen zu lassen, doch trifft nur ein Teil dieser Menge hier ein. Die eingeführte Kohle verteilt die Hauptstadt unter die Kleinhändler.

Zur Verteilung unter die Armen kaufte der Magistrat 100 Waggons Kohle, von welcher Menge bisher nur die Hälfte eingetroffen ist.

Der Bürgermeister sprach sodann von den Schwierigkeiten der Zustraffung, die jetzt durch das Eingreifen des Militärs behoben wurden.

Zur Deckung des Bedarfs der Hauptstadt an Holz wurden mit 72 Holzproduzenten Verträge zur Lieferung von insgesamt 24.700 Waggons Holz abgeschlossen, doch auch die Zufuhr des Holzes läßt viel zu wünschen übrig. Kann die Zufuhr in nächster Zeit beschleunigt werden, so ist die Deckung des Bedarfs der Hauptstadt gesichert.

Aus all dem geht hervor, daß die hauptstädtische Behörde, die volkswirtschaftliche Sektion und deren Leiter, sowie der zuständige Vizebürgermeister alles aufgeben haben, um die Interessen der Bevölkerung zu wahren. Leider aber wurden ihre Bestrebungen nicht von dem erwünschten Erfolg gekrönt.

Der Kohlenbedarf der Gaswerke.

Der Bürgermeister sprach sodann über die Lage der Gaswerke. Der Bedarf der Gaswerke ist im Sommer 500—600, im Winter 1200—1400 Tonnen pro Tag. Um im Winter auch in dem Falle von Transportbeschwerden nicht in Verlegenheit zu geraten, sammeln die Gaswerke in den Sommermonaten Reservevorräte für 2—3 Monate, aus denen die im Winter eintreffenden ungenügenden Kohlenmengen ergänzt werden. Im Jahre 1915 ist es jedoch der Gasfabrik nicht mehr gelungen, ausreichende Reservevorräte zu sammeln und da die Gaswerke wegen der ungenügenden Zufuhr ihre Vorräte ständig stark in Anspruch nehmen mußten, sind die Reservevorräte immer mehr zusammengeschrumpft, und zu Beginn des Winters verfügte die Gasfabrik nur mehr über sehr unbedeutende Vorräte.

Die Direktion der Gaswerke beschäftigte sich in allen ihren Sitzungen mit der Kohlenfrage, urgierte fortwährend die Kohlenzufuhr und machte wiederholt auf die Gefahren aufmerksam, die dem Betrieb der Gasfabrik drohen, falls sie nicht rechtzeitig mit Kohle versehen würde. Auch der Magistrat tat alles, um den Kohlenmangel der Gaswerke zu beheben und der Bürgermeister intervenierte wiederholt persönlich sowohl bei der ungarischen als auch bei der österreichischen Regierung im Interesse der Deckung des Kohlenbedarfes der Gaswerke. Die Intervention hatte auch einigen Erfolg, doch Ende des verfloffenen Jahres haben sich die Verhältnisse wieder verschlimmert und wenn nicht anlässlich der Krönungsfeier 240.000 Meterzentner Kohle für die Gaswerke eingetroffen wären, hätte der Betrieb kaum länger aufrechterhalten werden können.

Im Februar gestaltete sich die Lage so ungünstig, daß sich die Leitung der Gaswerke mit dem Gedanken trug, den Betrieb der Gaswerke einzustellen, falls nicht dringende Hilfe käme. Am 9. Februar verfügte die Gaswerke nur mehr über einen für kaum zehn Tage genügenden Vorrat. Auf wiederholte Vorstellungen von Seiten der Hauptstadt wies endlich die österreichische Regierung für Februar 340.000 Meterzentner Kohle zur Deckung des Bedarfs der Budapester Gaswerke an und versprach, für März weitere 300.000 Meterzentner anzumessen. Diese Mengen würden vollständig ausreichen. Leider aber stellte die Zentral-Transportleitung nicht die nötige Anzahl von Waggons zur Verfügung, so daß die Zufuhr der versprochenen Kohle nicht gesichert erschien. In der am 9. d. M. abgehaltenen Kohlenenquete, beziehungsweise noch vorher wurde uns von Seiten der Regierung endlich die Zusicherung, es werde alles geschehen, um die für die Gaswerke bestimmten Kohlensendungen raschestens nach Budapest gelangen zu lassen. Am 11. d. M. wurde der Bürgermeister vom Kriegsminister telegraphisch verständigt, er habe die Beistellung der zum Transport der Kohle für die Gaswerke nötigen Waggons verfügt.

Die Lage wird sich also — so schloß der Bürgermeister seinen Bericht — binnen kurzem günstiger gestalten, und es steht zu hoffen, daß wir die Krisis glücklich überstehen werden und die Einstellung des Betriebes der Gaswerke vermieden werden kann. Allein auch das Publikum selbst muß uns in unseren Bestrebungen unterstützen, indem es so sparsam, als möglich mit dem Gas umgeht. Auch die zu Hause gebliebenen Bürger müssen die Entbehrungen ertragen, die uns der Krieg auferlegt, sie sollen darin mit jenen mitwirken, die an der Front für das Vaterland kämpfen. (Eisenrufe.) Unser Publikum hat auch bisher anerkennenswerte Geduld an den Tag gelegt, möge es auch weiterhin die Heimsuchungen, die der Kriegszustand mit sich bringt, ertragen. Die Behörde der Hauptstadt wird bestrebt sein, diese Heimsuchungen nach Möglichkeit zu mildern.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Debatte.

Dr. Alexander Petö bedauert, daß die Schritte, die die Hauptstadt zur Behebung des Kohlenmangels unternommen, stets mit Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt seien. Derartige Aktionen haben nur Erfolg, wenn sie öffentlich unternommen werden. (Zustimmung.) Er befreit nicht, warum die Zensur unserer Presse nicht gestattet wolle, sich mit der Kohlenmisere zu beschäftigen. Der in Ungarn herrschende Kohlenmangel sei nicht begründet;

Österreich habe ihn geschaffen, die österreichische Regierung, der österreichische Reich (Sechster Beifall.) In Oberberg werde die Kohlenzufuhr nach Ungarn abichtlich vereitelt, bis dahin gelange unsere Kohle, weiter aber könne sie nicht.

Redner beschäftigt sich sodann mit den Schwierigkeiten der Zustraffung der Kohle und wendet sich in scharfen Worten gegen das Vorgehen der Fuhrwerksbesitzer, die das Publikum in der unerhörtesten Weise ausbeuten. Sie respektieren nicht die behördlichen Preise und fordern oft dreifache Preise, so daß der Transport oft teurer zu stehen komme als die Kohle selbst. Redner erjudt den Bürgermeister, mit Hilfe der Polizei jeden Mißbrauch in dieser Hinsicht zu verhindern und die Fuhrwerksbesitzer mit den strengsten Mitteln zur Einhaltung der festgesetzten Tarife zu zwingen. (Sechster Beifall.) Leider leiste auch das Publikum selbst diesen Mißbräuchen Vorschub, indem es einander überbiete, um sich ein Fuhrwerk zu verschaffen. Zum Schlusse bringt Redner die neue Regelung der Sperrstunde zur Sprache; er bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, daß während die Kinos bis 10 Uhr geöffnet sein dürfen, die Vergnügungsorte ganz geschlossen und dadurch Hunderte von Existenzen gefährdet wurden. Er bittet den Bürgermeister, seinen Einfluß aufzubieten, um diese Existenzen zu retten.

Emil Bertöz glaubt nicht, daß die Regierung der Hauptstadt kein Wohlwollen entgegenbringe. Redner hält die Frage der Verantwortlichkeit in der Kohlenfrage für nicht geklärt.

Anton Becseh bemerkt, daß während die Budapester Gaswerke keine Kohle haben, die österreichischen Gaswerke alle versorgt werden.

Magistratsrat Dr. Emil Vita reflektierte auf die gegen die Fuhrwerksbesitzer gerichteten Bemerkungen Dr. Petös und erklärte, die Polizei werde streng darauf achten, daß das Publikum zu Klagen keinen Anlaß habe.

Magistratsrat Dr. Johann Buzáth betonte, die Regierung habe niemals ihre Intervention zur Behebung des Kohlenmangels verweigert, doch ebensovienig könne man die hauptstädtische Behörde für die Kalamität verantwortlich machen, denn sie habe alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Kohlenfrage in befriedigender Weise zu lösen.

Die Generalversammlung nahm sodann den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Die Mitglieder der Wohlfahrtszentrale

Zu Mitgliedern der Wohlfahrtszentrale wurden folgende Stadtrepräsentanten gewählt: Ignaz Arányi, Johann Brodner, Dr. Eugen Esulásh, Gustav G. Ehrlich, Friedrich Glid, Alexander Hahóthy, Friedrich Herzfeld, Jwan Hüvös, Johann Kaczán, Dr. Ernst Kovács, Samuel Kratauer, Dr. Emerich Német, Dr. Franz Ripta, Dr. Jakob Schreyer, Dr. Josef Stern, Johann Sziget, Julius Szeula, Stefan Szűs, Dr. Josef Waigand, Julius Zboray.

Spitalsfragen

Zu der bekannten Vorlage über die Errichtung eines Spitals und einer Pflegeanstalt für Säuglinge sprachen Anton Steinhardt, Dr. Josef Waigand und Anton Becseh; der letztere Redner äußerte den Wunsch, daß auch in den Fabriken Pflegeanstalten für Säuglinge errichtet werden, in denen die in den Fabriken arbeitenden Mütter ihre Kinder pflegen könnten. Er beantragte die Einleitung einer hierauf abzielenden Aktion und wünscht, daß die Regierung um entsprechende materielle Unterstützung dieser Aktion ersucht werde.

Nachdem noch Magistratsrat Dr. Eugen Márkus gesprochen hatte, wurde die Vorlage samt dem Antrag Becsehs angenommen.

Bei Verhandlung der Vorlage über den Kauf des Gebäudes der kommunalen Anstalt für Geburtshilfe stellte Dr. Wilhelm Meißels den Antrag, daß nach dem Kriege möglichst in jedem Spital eine Abteilung für Geburtshilfe geschaffen werde. Sowohl die Vorlage, als auch der Antrag Dr. Meißels wurden angenommen.

Dienstbotenbücher mit Photographien.

Dr. Moriz Füredi wünschte in einer Interpellation, daß die Dienstbotenbücher mit Photographien versehen werden. Viele Dienstmädchen verschaffen sich falsche Dienstbücher und verüben unter falschem Namen allerlei Gaunereien. Keine Hausfrau wisse, ob sie nicht eine Verbrecherin im Hause habe. Er bittet den Bürgermeister, beim Minister des Innern dahin zu intervenieren, daß die Dienstbotenbücher cheftens mit Photographien versehen werden. Die Interpellation wurde an den Magistrat geleitet. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren rasch erledigt.